

Berlin, 11. April 2024

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Mehrere tausend Beschäftigte demonstrieren für gerechte Bezahlung

Mehr als 3000 Beschäftigte gemeinnütziger freier Träger sind am Mittag dem Aufruf des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin gefolgt und haben vor dem Berliner Abgeordnetenhaus demonstriert. Unter dem Motto **#HauptstadtzulagefürAlle** forderten sie den Senat auf, die sogenannte Hauptstadtzulage auch den Beschäftigten freier Träger zu zahlen.

Dazu Prof. Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin:

„Der Berliner Senat hat die Hauptstadtzulage für alle versprochen – und will jetzt nichts mehr von dem Versprechen wissen. So geht man nicht mit den Menschen um, die täglich in Kitas und anderen sozialen Einrichtungen wichtige Arbeit leisten! Wie wollen Sie den Beschäftigten freier Träger erklären, dass sie auch weiterhin schlechter bezahlt werden sollen als ihre Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst? Wir demonstrieren heute gemeinsam für eine faire Bezahlung und fordern lautstark die #HauptstadtzulagefürAlle!“

Die Beschäftigten, die sich vor dem Abgeordnetenhaus versammelten, arbeiten unter anderem in Kitas, Jugendeinrichtungen und Beratungsstellen. Sie verteilten Postkarten mit ihrer Forderung an Abgeordnete. Zur Zeit des Protestes tagten der Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie. Auch Eltern von Kitakindern unterstützten die Demonstration. Allein bei den Mitgliedern des Paritätischen Berlin blieben rund 150 Kitas wegen der Demo geschlossen. Viele davon haben eine Notbetreuung angeboten.

Seit Wochen sorgt die Rücknahme des Versprechens, die Hauptstadtzulage auch an freie Träger zu zahlen, für Proteste. Auch die anderen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wie AWO, Caritas und Diakonie sowie die Gewerkschaft ver.di fordern eine Gleichbehandlung von Mitarbeitenden freier Träger und dem öffentlichen Dienst.

Hintergrund:

Seit November 2020 zahlt das Land Berlin seinen Angestellten monatlich 150 Euro, die sogenannte Hauptstadtzulage. Bei der Tarifeinigung für den Tarifvertrag der Länder (TdL) Ende 2023 wurde Berlin ermöglicht, eine entsprechende Zulage mit ver.di zu verhandeln. Der Berliner Senat kündigte an, diese Zulage auch für die Beschäftigten der freien Träger zu finanzieren. Ende Februar nahm der Senat diese Zusage zurück.

Für Nachfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Pressekontakt:

Kathrin Zauter
Pressesprecherin
Tel.: 030 86 00 1 175
mobil: 0172 2924594
zauter@paritaet-berlin.de

Nina Peretz
Stv. Pressesprecherin
Tel.: 030 86 00 1 123
mobil: 0179 5422748
peretz@paritaet-berlin.de

